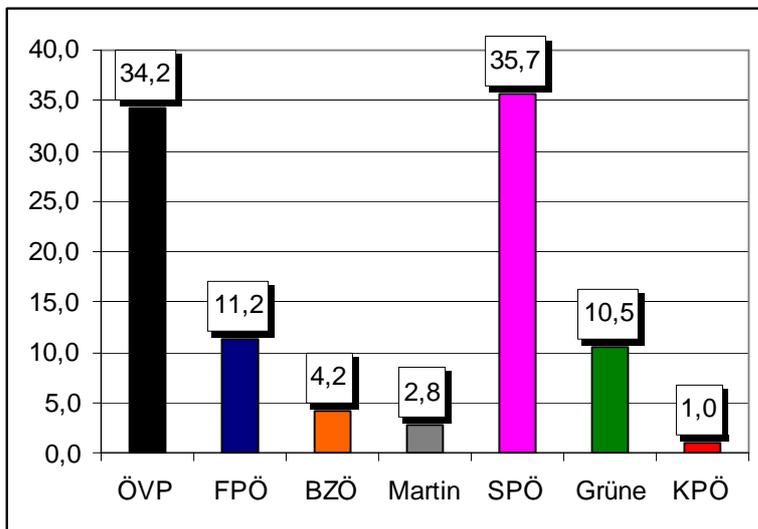


Wahlbericht: Nationalratswahl Österreich 2006 Sozialdemokraten wieder stärkste Partei

I. Sozialdemokraten gewinnen in der Schlussphase des Wahlkampfes – Skandal um die BAWAG schadet weniger als erwartet..... 1
 II. Auf der Rechten: Mobilisierungsschwäche und Zersplitterung 2
 III. Grüne Regierungs- und Hans-Peter Martins Nationalratsträume platzten..... 3
 IV. Österreichische Kommunisten – Zuwächse im Promillebereich..... 4
 V. Anhang: Die Wahlergebnisse nach Bundesländern..... 5

I. Sozialdemokraten gewinnen in der Schlussphase des Wahlkampfes – Skandal um die BAWAG schadet weniger als erwartet

Bei den Nationalratswahlen vom 1. Oktober 2006 ist es den Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer überraschend gelungen, die Österreichische Volkspartei unter Bundeskanzler Schüssel auf den 2. Platz zu verweisen.



Verantwortlich dafür ist jedoch weniger ein deutlicher Zugeschwind der SPÖ als vielmehr der starke Verlust bei der ÖVP. Besser als den Konservativen gelang es der Gusenbauer-SPÖ die eigene Klientel zu mobilisieren und in eine „Jetzt erst recht“-Stimmung zu versetzen. Der zunehmend knapper werdende Vorsprung der ÖVP dürfte darüber hinaus zur Mobilisierung beigetragen haben.

Dies war nicht zu erwarten in diesem Wahlkampf, der vor allem durch drei Aspekte geprägt wurde:

Den Skandal bei der gewerkschaftseigenen Bank „BAWAG“, durch den die SPÖ geschwächt wurde, die Abspaltung von Haider's BZÖ von der FPÖ und der Streit der beiden Rechtsparteien um die restriktivste Ausländerpolitik sowie eine weitgehende Inhalt-leere eines auf den Kanzler zugeschnittenen ÖVP-Wahlkampfes.

Partei	2006		2002	
	%	Sitze	%	Sitze
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	35,7 (-0,8)	68 (-1)	36,5	69
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	34,2 (-8,1)	66 (-13)	42,3	79
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	11,2 (+1,2)	21 (+3)	10,0	18
Die Grünen	10,5 (+1,0)	20 (+3)	9,5	17
Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	4,2 (+4,2)	8 (+8)	-	-
Liste Hans-Peter Martin	2,8	-	-	-
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	1,0 (+0,4)	-	0,6	-
Sonstige Parteien	0,4	-	1,1	-
Absolute Mandatszahl		183		183
Wahlbeteiligung		74,2		84,3

Im Frühjahr des Jahres hatte sich herausgestellt, dass die BAWAG entgegen ihrem gemeinwirtschaftlichen eigenen Anspruch in verlustbringende Spekulationsgeschäfte verwickelt waren, die das Bankhaus an den Rand der Insolvenz brachten. Nur durch staatliche Unterstützung gelang es, die BAWAG vor dem Konkurs zu retten.

Aufgrund der traditionell äußerst engen Verbindung zwischen Gewerkschaften und SPÖ war es für die Sozialdemokraten schwer, sich aus dieser fremdverschuldeten Defensive herauszubefördern. Dabei schoss Gusenbauer aus Sicht des Gewerkschaftsflügels weit über das Ziel hinaus, als er bei der Listenaufstellung verkündete, dass in der neuen Nationalratsfraktion kein führender Gewerkschafter mehr vertreten sein solle.

Letztlich zeigte sich jedoch, dass der BAWAG-Skandal kein wahlentscheidendes Thema darstellte. Eher könnte er für die insgesamt abgesunkene Wahlbeteiligung verantwortlich sein, denn in der Schlussphase der Wahl konnte die SPÖ sogar die ÖVP in den BAWAG-Strudel hineinzuziehen.

Insgesamt lässt sich also vermuten, dass das stabilere Stammwählerpotenzial für die SPÖ den Ausschlag gaben, die ohne diesen größten Wirtschaftsskandal der 2. Republik, der eindeutig im sozialdemokratischen Umfeld stattgefunden hatte, die Wahl noch deutlicher gewonnen und vermutlich mit den Grünen eine Koalition gebildet hätten.

Hinzu kommt, dass es der SPÖ mit einer Fokussierung auf drei Themen den Nerv der Wählerinnen und Wähler zu treffen – und sich darin von der ÖVP zu unterscheiden. Festhalten lässt sich gleichwohl mit den Worten der Vorarlberg-Nachrichten: „Alfred Gusenbauer ist zwar Erster geworden, die Wahl hat er aber nicht gewonnen: Auch seine Partei hat Stimmen verloren. Im ‚roten‘ Salzburg hat sie beispielsweise ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1945 eingefahren. Dass Gusenbauer dennoch bejubelt wird, ist wohl darauf zurückzuführen, dass ihm niemand zugetraut hat, Kanzler werden zu können - weder seine Feinde noch seine Freunde.“¹

II. Auf der Rechten: Mobilisierungsschwäche und Zersplitterung

Die ÖVP unter Kanzler Schüssel, der die rechtspopulistische FPÖ unter Kärntens Landeshauptmann² Haider im Jahre 1998 erstmals in eine Regierung holte und seitdem zu ihrer Entzauberung beitrug, ist gescheitert. Die Gründe des Scheiterns sind vielfältig und haben politische und milieubezogene Gründe:

- Es war bereits am Beginn des Wahlkampfes klar, dass es zu einem Regierungswechsel kommen würde. Das seit acht Jahren währende Regierungsbündnis mit den Rechtspopulisten hatte sich mit der Spaltung von BZÖ und FPÖ ersichtlich erschöpft. Vor dem Hintergrund des Dauerstreits erschien den Österreichern die Option einer Großen Koalition, die in der Alpenrepublik – im Unterschied zu Deutschland – keinen Ausnahmefall darstellt, ebenso wie die Option einer schwarz-grünen oder rot-grünen Regierung als sinnvolle Alternative.
- Die ÖVP leidet unter einem Stadt-Land-Gefälle. Die Mehrheit der Einwohner in Österreichs Städten versteht sich, unabhängig von ihrer konkreten Wahlentscheidung als „links-liberal“. Das macht es einer Partei wie der ÖVP schwer. Wenn dann die Mobilisierung auf dem Land, wo die ÖVP-Hochburgen liegen, nicht gelingt, kann eine Mehrheitsicherung nicht garantiert werden.
- Diejenigen Wählerinnen und Wähler, die sich 2002 enttäuscht von der FPÖ ab- und der ÖVP zugewandt hatten und somit zum deutlichen Stimmenniedergang der damals noch mit Haider verbandelten Freiheitlichen beitrugen, konnten von der ÖVP nicht gehalten werden. Neben knapp 200.000 an die NichtwählerInnen verlor die ÖVP vor allem an die FPÖ.

Die Freiheitlichen, die 1998 ein sensationelles Wahlergebnis eingefahren hatten und sich eher in einer Liga mit SPÖ und ÖVP als mit den Grünen wähnten, konnten den Spagat zwischen Populismus und Regierungsarbeit nicht bewältigen. Bei der Nationalratswahl 2002

¹ Johannes Huber, Vorarlberg-Nachrichten, zitiert vom ORF: <http://www.orf.de>

² Entspricht dem deutschen Ministerpräsidenten eines Bundeslandes

verloren sie deutlich und in dieser Wahlperiode führten die FPÖ-internen Streitigkeiten, die sich jenseits inhaltlicher Fragestellungen vor allem um die Person Jörg Haider und die Bereitstellung der von ihm eingeforderten Loyalitäten drehten, zur Spaltung der FPÖ. Dies führte dazu, dass die ÖVP in der Schlussphase ihrer Regierungstätigkeit nicht mehr mit der FPÖ sondern dem Bündnis Zukunft Österreich regierte, das den Haider-Flügel repräsentierte.

Den Freiheitlichen gelang mit über 11% der Wiedereinzug als FPÖ in den Nationalrat. Die FPÖ konnte mit zwei Themen punkten: dem Ausländerthema und der Skepsis gegenüber der EU, besonders einem möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Aber auch das BZÖ konnte mit 4,2% die 4-Prozenthürde knapp überspringen und dürfte im Nationalrat vertreten sein, sofern die Auszählung der Briefwahlstimmen ihnen nicht doch noch einen Strich durch die Rechnung machen sollte. Am Wahlabend trat Haider im österreichischen Fernsehen sehr moderat an und schloss eine Zusammenführung der beiden Parteien nicht mehr aus. Auch wenn dies vorerst nicht zu erwarten ist, so ist doch bereits jetzt festzuhalten:

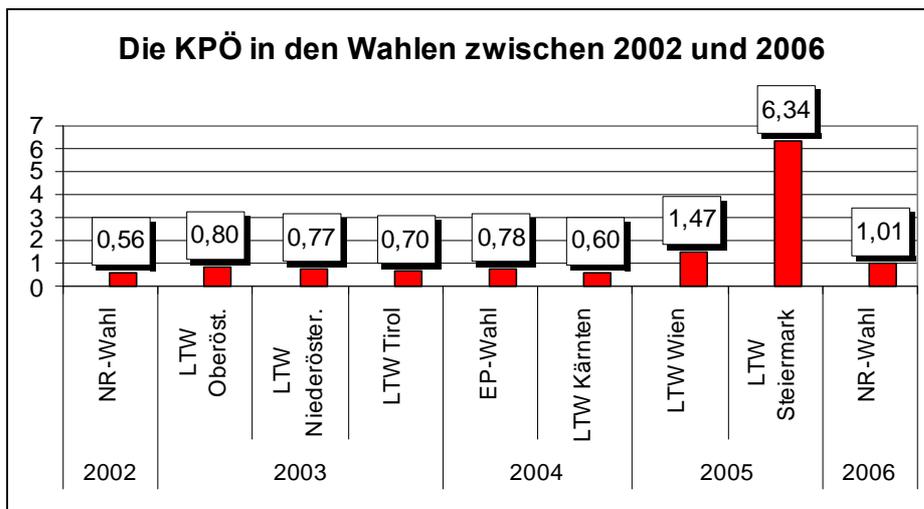
- Das Phänomen Rechtspopulismus ist in Österreich nicht auf die charismatische Person Haider beschränkt.
- Die Spaltung der FPÖ könnte dazu beigetragen haben, die Verluste auf der Rechten zu reduzieren, denn eine nichtgespaltene Regierungs-FPÖ hätte möglicherweise höhere Verluste eingefahren.
- So oder so wird auch künftig eine Regierung aus ÖVP-Konservativen und Rechtspopulisten eine als normal wahrgenommene Koalitionsoption bleiben. Schlüssel hat die Regierungsbeteiligung der Rechten normalisiert und ein Blick auf die politischen Lager zeigt, dass das konservativ-rechte Lager seit vielen Jahren deutlich vor dem rot-grünen Lager liegt. Allein die Zerstrittenheit und lange Zeit die Ablehnung einer Regierungsbeteiligung der Rechten verhinder(te)n eine dauerhafte Rechtsregierung.

III. Grüne Regierungs- und Hans-Peter Martins Nationalratsträume platzten

Die österreichischen Grünen betrachten sich seit einigen Jahren als Regierungspartei im Wartestand und tatsächlich waren sie einem Regierungseintritt selten so nah wie bei dieser Wahl. Bereits frühzeitig hatten sie deutlich gemacht, dass sie sowohl in ein ÖVP- als auch in ein SPÖ-Kabinett eintreten würden. Beide Großparteien hatten dieses Angebot zum Bestandteil ihrer strategischen Überlegungen werden lassen. Die Grünen Österreichs sind soziostrukturell und hinsichtlich ihres WählerInnenmilieus mit den deutschen Grünen sehr vergleichbar. Die höchsten Zustimmungsraten, zum Teil zweimal so viel als ihr Gesamtstimmenergebnis erreichen sie beim städtischen, selbständigen AkademikerInnenmilieu sowie vor allem bei Frauen bis 29 Jahren. Unterdurchschnittlich schneiden sie bei Männern, Gewerkschaftsmitgliedern, ArbeiterInnen und Arbeitslosen sowie in der Landbevölkerung ab. Letztlich wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch für die österreichischen Grünen der Regierungseintritt kommen wird. Von Interesse wird sein, ob Österreich dann nicht nur Modellland bei der Normalisierung von Rechtspopulisten in der Regierung, sondern auch für eine schwarz-grüne Nationalregierung sein wird.

Unklar war während des Wahlkampfes, ob es dem Polit-Phänomen Hans-Peter Martin gelingen wird, nach seinem Durchmarsch bei der Europawahl 2004, auch eine eigene Liste in den Nationalrat zu entsenden. Zur Erinnerung: Der frühere SPÖ-Europaabgeordnete wurde bekannt durch die Aufdeckung des willkürlichen und laxen Umgangs mit den Tagegelder- und Spesenregelungen der Europaabgeordneten. Der 2004 mit einer eigenen Liste angetretene Martin konnte dort zwar das in Österreich vorhandene Misstrauen gegen „die in Brüssel“ bündeln, doch es gelang ihm bei der Nationalratswahl nicht, mit eigenen Themen zu punkten bzw. eine Wechselwahlstimmung aufzugreifen. Stattdessen sah er sich in den letzten Tagen der Wahl noch mit dem Vorwurf konfrontiert, selbst nicht ordnungsgemäß mit Geldern des Europaparlaments umgegangen zu sein. Er soll Geld für frühere Mitarbeiter erhalten haben, die jedoch längst nicht mehr bei ihm beschäftigt waren.

IV. Österreichische Kommunisten – Zuwächse im Promillebereich



Vergleicht man die Geschichte der deutschen und der österreichischen Kommunisten, so lassen sich mit Blick auf die Parlamentsbeteiligung im Zeitverlauf zwei Unterschiede und Gemeinsamkeiten feststellen. War die Existenz großer KPD-Fraktionen und

selbst der Eintritt in kurzlebige Arbeiterregierungen wie in Sachsen und Thüringen 1923 normaler Ausfluss der Bedeutung, die die KPD in der Zwischenkriegsphase spielte, blieb die KPÖ in der Ersten Republik eine randständige Partei. Bei keiner Nationalrats- oder Landtagswahl errang sie ein Mandat. Lediglich auf kommunaler Ebene gelang es ihr, in einzelnen Gemeinden in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark Gemeinderatsvertreter zu stellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die KPÖ auf Protektion der sowjetischen Besatzungsmacht Teil der Bundesregierung und erreichte entsprechenden Bedeutungsgewinn. Auch in Westdeutschland war die KPD in den ersten provisorischen Landesregierungen vertreten. Doch trotz sieben Ministern in der Regierung erreichte die KPÖ bei den ersten Nationalratswahlen 1945 nur 5,42% und vier Mandate. Auf kommunaler Ebene konnte sie ihren Einfluss verstärken und zum Teil zweistellige Ergebnisse erreichen. Bei den nachfolgenden beiden Nationalratswahlen konnte sie im Bündnis mit anderen Gruppen jeweils knapp über 5% erreichen, schied jedoch 1959 aus und ist seit nunmehr 47 Jahren nicht mehr im Nationalparlament vertreten.

Während die westdeutschen Kommunisten ab den frühen 50er Jahren bei Wahlen in der Bedeutungslosigkeit versanken, war die KPÖ in den österreichischen Landtagen (teilweise mit Unterbrechungen) in Salzburg bis 1949, in Niederösterreich bis 1959, im Burgenland bis 1956, in Wien bis 1969 und in Kärnten sowie der Steiermark bis 1970 vertreten. In den drei Ländern Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg verfügte die KPÖ seit ihrer Gründung zu keiner Zeit über eine Landtagsvertretung. Allein in Graz war und ist die KPÖ eine wirklich erfolgreiche Kommunalpartei, was vor allem dem schon traditionellen Umgang mit den Amtsbezügen, insbesondere des Stadtrates Ernest Kaltenecker zu verdanken ist. Rund 60 Prozent der Stadtrats- und Landtagsbezüge sowie rund 50 Prozent der Gemeinderatsbezüge werden entsprechend den Bestimmungen des Statuts der KPÖ sozialen Zwecken gewidmet. Auch in Wien stellt die KPÖ, die zu den Mitgliedern der Europäischen Linkspartei (EL) gehört, mittlerweile vier Bezirksräte (entspricht Gemeinderäten in Stadtteilen).

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen im Vergleich zu den vergangenen Landtagswahlen zeigen eine Stabilisierung der KPÖ auf dem Niveau der 80er Jahre durch Zuwächse im Promillebereich und einen statistischen Ausreißer in der Steiermark.

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass die KPÖ wohl noch auf absehbare Zeit eine politisch tief zerrissene Partei ist, die bei Wahlen an der Grenze der Bedeutungslosigkeit agieren wird. Zumindest solange es ihr nicht gelingt, als eine moderne und plurale Linke dasjenige Milieu anzusprechen, dass weder von SPÖ und Grünen angesprochen, in einer Vertretungslücke verharret, aber von der KPÖ in ihrem heutigen Zustand keinesfalls abgeholt wird, sondern stattdessen Wahlenthaltung bzw. politische Agonie vorzieht.

V. Anhang: Die Ergebnisse der Nationalratswahl 2006 nach Bundesländern

Bundesland	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	Martin	KPÖ
Burgenland							
in %	45,26	36,07	8,68	5,49	1,73	1,95	0,50
Stimmen	82.773	65.970	15.868	10.037	3.170	3.573	921
Kärnten							
in %	35,80	20,85	7,30	6,94	25,41	1,92	0,87
Stimmen	112.045	65.246	22.845	21.728	79.508	6.011	2.728
Niederösterreich							
in %	36,42	39,19	9,74	8,64	2,28	2,98	0,75
Stimmen	350.846	377.492	93.812	83.276	21.919	28.741	7.233
Oberösterreich							
in %	36,53	35,15	12,43	9,63	2,65	2,80	0,81
Stimmen	289.591	278.590	98.540	76.317	20.969	22.192	6.446
Salzburg							
in %	28,85	39,11	12,55	11,78	3,18	3,20	0,75
Stimmen	76.707	103.988	33.371	31.329	8.444	8.514	2.000
Steiermark							
in %	37,62	37,33	10,58	7,42	3,22	1,92	1,90
Stimmen	261.082	259.078	74.439	51.513	22.324	13.314	13.180
Tirol							
in %	23,41	43,87	11,04	12,38	3,33	4,18	0,75
Stimmen	81.055	151.871	38.217	42.853	11.511	14.470	2.583
Vorarlberg							
in %	18,97	42,08	11,23	15,57	3,30	7,84	0,55
Stimmen	31.006	69.429	18.522	25.679	5.437	12.933	905
Wien							
in %	41,77	20,81	14,36	17,05	1,86	2,22	1,25
Stimmen	304.021	151.479	104.499	124.112	13.512	16.516	9.110

* * *